

»Leute, passt mal auf!«

Die Präimplantationsdiagnostik war das einzig wirklich kontrovers diskutierte Thema des diesjährigen CDU-Parteitags in Karlsruhe. Von Lebensrechtlern wie von den Medien war die Debatte über Gentests an menschlichen Embryonen mit Spannung erwartet worden, wenn auch aus unterschiedlichen Gründen. Sieger wie Unterlegene sprachen hinterher von einer »Sternstunde«. Dabei war es vor allem Angela Merkel, die – aus welchen Gründen auch immer – ihre Partei vor einem weiteren biopolitischen Fiasko bewahrte. Eine Reportage.

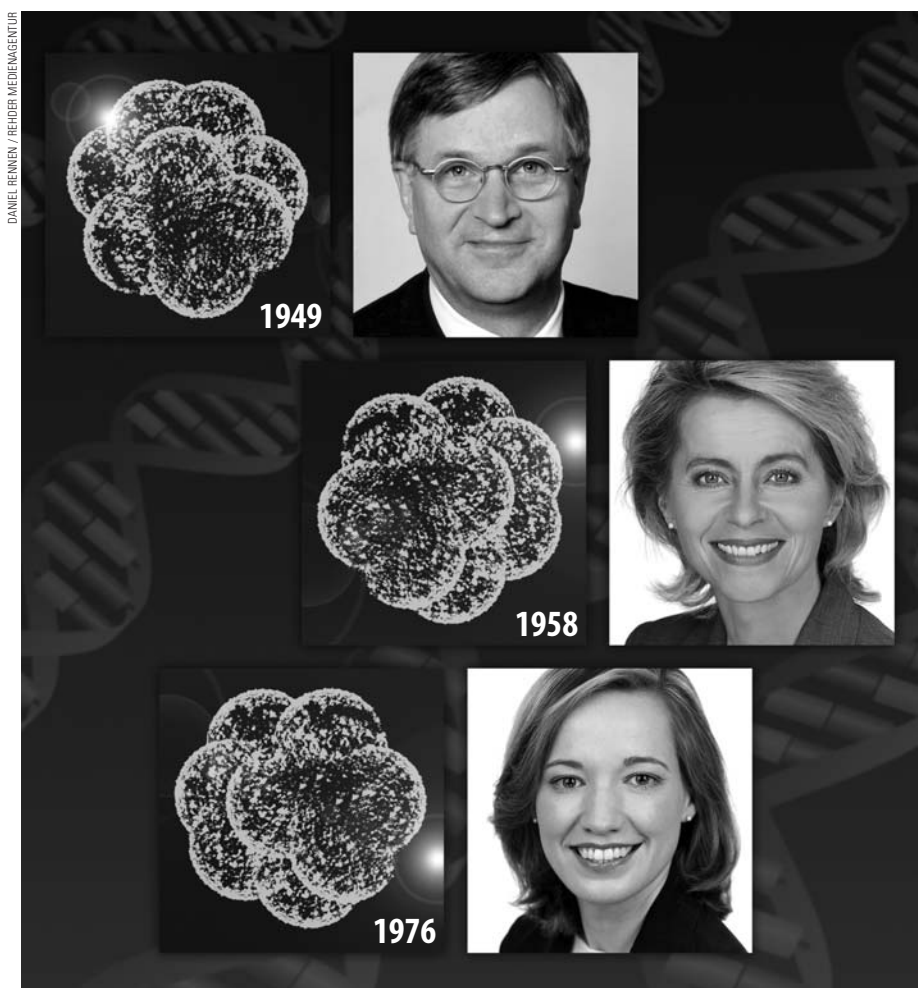
Von Stefan Rehder

Karlsruhe. Montag, 15. November. Die Uhr zeigt 20.30 Uhr. Eine halbe Stunde noch, dann – so sieht es das offizielle Programm vor – soll in Halle 2 der Karlsruher Messehalle mit dem »Baden-Württemberg-Abend« der gesellige Teil des 23. CDU-Parteitags beginnen. Hoher Besuch hat sich angekündigt. Altkanzler Helmut Kohl, seit einem Schlaganfall an den Rollstuhl gefesselt, hat sich angekündigt. Doch in der gegenüber gelegenen Halle 1, wo die fast 1.000 Delegierten seit geschlagenen elf Stunden Reden lauschen und applaudieren, unterbrochen nur von Wahlen zu den Parteiämtern, deutet noch gar nichts auf einen baldigen Aufbruch hin.

Die Parteiführung hat dazugelernt. Ein Skandal wie der, der sich im Jahr 2007 ereignete, soll diesmal unter allen Umständen vermieden werden. Damals tagte die CDU in Hannover. Ein Teil der Delegierten feierte bereits ausgelassen auf dem »Niedersachsen-Abend«, als die Parteitagsregie im Plenarsaal zu später Stunde das strittige Thema der embryonalen Stammzellforschung aufrief und Bundesforschungsministerin Annette Schavan, unterstützt von Bundeskanzlerin Angela Merkel, für eine Verlegung des Stichtags im Stammzellgesetz warb. Merks Intervention hatte ebenso wie der Umstand, dass ein Teil der Delegierten nicht mehr rechtzeitig zur Abstimmung erschien, nachhaltige Folgen. Mit hauchdünner Mehrheit folgten die verbliebenen Parteitagsdelegierten damals dem Wunsch ihrer Parteivorsitzenden. Dies und das Abstimmungsverhalten vieler Unionsabgeordneter bei der späteren Abstimmung im deutschen Bundestag hat die CDU später viele Stammwähler gekostet und andere vehement verärgert. So sehr, dass Merks spätere Kritik an

Papst Benedikt XVI. für viele dann der Tropfen war, der das Fass zum Überlaufen brachte. Es hagelte Parteiaustritte. Unter Merks Führung habe die CDU im Vergleich zur ersten gesamtdeutschen Wahl

wählten, hätten 2009 Merkel nicht gewählt, schrieb Steingart mit Blick auf den Parteitag. Mittlerweile seien es 36 Prozent der damaligen CDU-Wähler, die von der Merkel-CDU nichts mehr wissen wollten.



im Jahr 2000 rund 30 Prozent ihrer Wähler verloren, rechnet Chefredakteur Gabor Steingart im »Handelsblatt« vor. 5,2 Millionen Menschen, die damals Kohl

Merkel scheint das verstanden zu haben. In ihrer großen Parteitagsrede streicht sie die Seele der Partei in einem bislang nie gekannten Ausmaß. Papst Jo-

hannes Paul II. wird gleich im zweiten Absatz ihrer Rede positiv hervorgehoben, Adenauer und Kohl werden zitiert. Gleich zweimal erwähnt Merkel den Lebensschutz. Da sagt sie dann Sätze wie: »Jeder Mensch ist einmalig, vom Anfang seines Lebens bis zum Ende seines Lebens.« Oder auch: »Das Zusammenleben, der Zusammenhalt und das Vertrauen in unsere Gesellschaft gründen sich auf die Unantastbarkeit der Würde des Menschen. Das gilt für den Schutz des Lebens an seinem Anfang und an seinem Ende.«

Der »Baden-Württemberg-Abend« beginnt nicht, bevor das Thema »Präimplantationsdiagnostik« (PID) nicht zu Ende debattiert wurde, lautet die Losung, die CDU-Generalsekretär Hermann Gröhe für den Karlsruher Parteitag ausgegeben hatte. Und dennoch fehlte nicht viel, und es wäre auch diesmal zu einem echten Eklat gekommen. Denn als Thomas Röwekamp, Vorsitzender der CDU-Fraktion der Bremerschen Bürgerschaft und Mitglied des Karlsruher Parteitagspräsidiums, um 20.33 Uhr verkündet, ihm lägen zu der noch nicht einmal begonnenen PID-Debatte bereits 21 Wortmeldungen vor, geht ein Raunen durch den Saal.

Damit nicht genug: Im Laufe Tages hatte die Antragskommission zusätzlich zu den den Delegierten längst bekannten Anträgen – der Parteitag möge seinen im Grundsatzprogramm der Partei niedergelegten Beschluss von 2007 bestätigen und erneut für ein gesetzliches Verbot der PID votieren sowie einem weiteren, mit dem prominente Christdemokraten um die Bundesministerinnen Kristina Schröder und Ursula von der Leyen erreichen wollen, dass sich die CDU erstmals für eine begrenzte Zulassung der PID ausspricht – noch einen dritten hinzugefügt. Der sieht vor, eine Beschlussfassung auf unbestimmte Zeit zu vertagen. Zu diesem Zweck hatte die Kommission eilig ein gesondertes Blatt verfasst und im Saal verteilen lassen. Es umfasst neun Punkte. Acht davon sind so allgemein gehalten, dass sie von Gegnern wie von Befürwortern der PID gleichermaßen unterschrieben werden können; jedenfalls dann, wenn man nicht jedes Wort auf die Goldwaage legt (siehe Kasten S. 6).

Dazwischen steht ein Text, der drei Varianten für die eigentliche Beschlussfassung enthält. Neu und den Delegierten gänzlich unbekannt ist nur die Variante 1. Sie lautet: »Geleitet von den hier festgestellten Grundüberzeugungen sind wir der Auffassung, dass es vor einer gesetzlichen Regelung der PID einer ausführlichen Analyse und Diskussion bedarf,

um den vielfältigen Anforderungen gerecht zu werden, die eine solch komplexe Frage des Lebensschutzes aufwirft.« Röwekamp erläutert das Verfahren. Erst wenn dieser Vorschlag keine Mehrheit findet, soll auch über die beiden anderen Anträge abgestimmt werden. Die Antragskommission, so viel wird deutlich, fürchtet die bioethische Debatte und will sie möglichst schnell vom Tisch haben.

Hälfte des Parteitages sitzen. Ich weiß, wovon ich rede«, erklärt sie und fügt hinzu: »Das ist mein Vorschlag, und das wird jetzt so gemacht.«

Erneutes Raunen im Saal. Hier und da wird Gegenrede verlangt. Georg Freiherr von Weichs, Delegierter des Hochsauerlandkreises, bekommt den Zuschlag. Angetan mit Hemd und Wildlederweste stellt sich der Siegelringträger dem Par-



Gut gefüllt: Die Karlsruher Messehalle beim 23. Bundesparteitag der CDU.

Röwekamp schlägt den Delegierten vor, die Schließung der Rednerliste und eine Begrenzung der Redezeit auf drei Minuten pro Beitrag zu beschließen. »Ich komme aus Bremen. Ich habe nichts zu verlieren. Ich klinge nach drei Minuten ab«, umwirbt der protestantische Rechtsanwalt die Stimmberechtigten. Erneut rumort es im Saal. Doch diesmal kommt das Raunen aus einer anderen Ecke. An-

»Das ist mein Vorschlag und das wird jetzt so gemacht.«

gela Merkel, die sich bereits im Vorfeld des Parteitages für ein gesetzliches Verbot der PID ausgesprochen hatte, reagiert am schnellsten, tritt ans Rednerpult und erklärt resolut: »Ich möchte, dass dieses Thema umfassend und ausführlich diskutiert wird.« Sie schlägt vor, das Thema deshalb erst am Dienstagmorgen zu behandeln. »Ich möchte dann aber auch, dass wir dann nicht morgen hier mit der

teitag als »einfacher Waldarbeiter« vor und erklärt der »Frau Vorsitzenden«, dass sie all das zwar wünschen könne. Wenn sie jedoch wolle, dass der Parteitag ihrem Wunsch auch nachkomme, müsse sie einen Antrag stellen. Die über die Geschäftsordnung Belehrte schreitet erneut zum Mikrofon und ruft: »Leute, passt mal auf! Das ist ein Thema, das wir diskutieren wollen, und das geht nicht auf Zuruf.«

Weil jedoch weder das Hochhalten der Stimmkarten noch das Sich-Erheben der Delegierten von ihren Plätzen ein eindeutiges Stimmungsbild ergibt, beantragt Merkel eine schriftliche Abstimmung. Niemand soll hinterher sagen können, in Karlsruhe sei es nicht mit rechten Dingen zugegangen. Stimmzettel werden ausgeteilt. Der Parteitag fährt mit der normalen Antragsberatung fort. Um kurz vor 21.00 Uhr verkündet Röwekamp das Ergebnis der Auszählung: 786 gültige Stimmen. 580 Delegierte stimmten für die von Merkel gewünschte Verschiebung der Debatte, 206 dagegen. Der Skandal ist gebannt, zumindest für diesen Tag. In Halle 2 wird man später CDU-Gene-

ralsekretär Hermann Gröhe, Jürgen Rüttgers, Ex-Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, und Philipp Mißfelder, Vorsitzender der Jungen Union, am Tisch von Helmut Kohl und dessen zweiter Frau sitzen sehen.

Dienstag, 16. November, 9.00 Uhr. CDU-Generalsekretär Hermann Gröhe tritt ans Rednerpult und eröffnet die Debatte zur PID. Obwohl die Karlsruher Messehalle ihre Tore für die Parteitagsgäste erst um 3.00 Uhr schloss, sind die Reihen der Delegierten gut gefüllt. Größere Lücken klaffen nur in den Tischreihen, die für die Vertreter der Medien reserviert worden sind. Der Synodale der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) wirbt offensiv für ein PID-Verbot, da etwas anderes seiner Überzeugung nach mit der »Heiligkeit des Lebens« nicht vereinbar sei. Auch das ist eine kleine Überraschung. Denn obwohl der CDU-General nie ernsthaft zu den PID-Befürwortern gerechnet werden konnte, schien er sich doch lange Zeit nicht jenen in den Weg stellen zu wollen, die das Urteil des Bundesgerichtshofes zum Anlass nehmen, um den Embryonenschutz in Deutschland weiter aufzuweichen. Po-

litiker trügen »nicht nur Verantwortung für stramme Forderungen, sondern auch für das Ergebnis eines politischen Prozesses«, begründete der 51-jährige Jurist Ende September gegenüber der katholischen Tageszeitung »Die Tagespost« Gedankenspiele über eine begrenzte Zulassung der PID.

»Das ist ein Thema, das wir diskutieren wollen.«

Acht Wochen später liegt er ebenso wie der Chef der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Volker Kauder und Bundesforschungsministerin Annette Schavan ganz auf Merkels Linie. Die hatte sich bereits Wochen vor dem Parteitag für ein gesetzliches Verbot der PID ausgesprochen. Ihre Begründung: »Ich bin für ein Verbot der PID, weil ich einfach Sorge habe, dass wir die Grenzen nicht richtig definieren.« Ein Satz, der reichlich Raum für Spekulation lässt. Nur, dass Merkel grundsätzlich gegen die Selektion künst-

lich erzeugter Menschen im Reagenzglas sei, lässt sich aus ihm mit Sicherheit nicht herauslesen.

Die Erste, die bei den Delegierten dafür wirbt, der Parteitag möge sich für eine begrenzte Zulassung der PID aussprechen, ist Katharina Reiche. Die 37-jährige Chemikerin aus Brandenburg, deren Stern am Himmel der Partei aufging, als der damalige Kanzlerkandidat Edmund Stoiber (CSU) noch eine Frau aus dem Osten für sein Kompetenzteam suchte und die erklärte Befürworterin der embryonalen Stammzellforschung mit der Familienpolitik betraute, legt sich gleich mächtig ins Zeug. »Als dreifache Mutter kann ich mir nichts Schlimmeres vorstellen als den Tod des eigenen Kindes«, beginnt Reiche ihren Redebeitrag. »Ja«, räumt sie später ein, »es gibt kein Recht auf ein gesundes Kind. Aber es gibt den Wunsch.« Politiker, will Reiche wohl sagen, sollten Wünsche genauso ernst nehmen wie Rechte. Denn schließlich wollen sie gewählt werden. Ein Wink mit dem ganzen Gartenzaun statt mit einem einzelnen Pfahl. Ausdrücklich lobt Reiche, die gegenwärtig als Parlamentarische Staatssekretärin in dem von Norbert Rött-

Vorschlag der Antragskommission zur Präimplantationsdiagnostik (PID)

1. Das Urteil des Bundesgerichtshofes vom 6. Juli 2010, die Präimplantationsdiagnostik (PID) zur Entdeckung schwerer genetischer Schäden straffrei zu lassen, wirft die Frage auf, ob ein PID-Verbot oder eine PID-Zulassung für die vom BGH genannten Situationen die angemessene Antwort der Politik ist. Die mit dieser ethischen Grundsatzfrage verbundenen rechtlichen Regelungen hat die Politik zu entscheiden.

2. Die unantastbare Würde des Menschen als Geschöpf Gottes ist menschlicher Verfügung nicht zugänglich. Unsere, von diesem Grundwert geprägte Rechtsordnung muss deshalb gewissenhaft abwägen, wie dem Schutz des Lebens am besten entsprochen werden kann.

3. Für uns gilt: Jeder Mensch ist gleich wertvoll. Es gibt keine Unterscheidung zwischen lebenswertem und nicht lebenswertem Leben. Wir stehen dafür, dass Behinderte an unserer Gesellschaft gleichberechtigt teilhaben. Das Miteinander von Menschen mit Behinderungen und Nichtbehinderten, Förderung und helfende Begleitung sind für uns ein zentrales Anliegen. Wir wissen, dass hier noch viel getan werden muss.

4. Für den Schutz des Lebens ungeborener Kinder nach Feststellung einer Behinderung haben wir mit der Änderung des Schwangerschaftskonfliktgesetzes deutliche Verbesserungen erreicht. Das neue Gesetz beinhaltet eine Beratungspflicht für Ärzte und Hilfe für Schwangere in existentiellen Konfliktsituationen, um das Ja zum Kind zu erleichtern.

5. Zugleich ist uns das menschliche Leid von Paaren bewusst, die ein hohes Risiko zur Vererbung schwerwiegender Erbkrankheiten tragen. Wir wollen sie nicht alleine lassen, sondern nach besten Kräften unterstützen.

6. Wir anerkennen den Wunsch jedes Menschen auf ein Kind und wissen um die schwere seelische und körperliche Belastung der Frauen, die sich für eine extrakorporale Befruchtung entscheiden.

7. Wir tragen Verantwortung für den politischen Prozess, für eine verfassungsfeste mehrheitsfähige Lösung. Wir fordern daher alle Bundestagsabgeordneten, insbesondere die Angehörigen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, auf, alle ethischen, menschlichen und rechtlichen Aspekte sehr gründlich abzuwägen und sich bei ihrer Entscheidung an den obigen Prinzipien zu orientieren.

8. Variante 1

Geleitet von den hier festgestellten Grundüberzeugungen sind wir der Auffassung, dass es vor einer gesetzlichen Regelung der PID einer ausführlichen Analyse und Diskussion bedarf, um den vielfältigen Anforderungen gerecht zu werden, die eine solch komplexe Frage des Lebensschutzes aufwirft.

8. Variante 2

Deshalb hält die CDU, wie im Grundsatzprogramm verankert, am Verbot der PID fest.

8. Variante 3

Deshalb setzt sich die CDU für die Möglichkeit der PID in engen Grenzen für Paare mit schwerer genetischer Vorbelastung ein.

9. Die Entscheidung zur Präimplantationsdiagnostik ist eine persönliche Gewissensentscheidung jedes einzelnen Abgeordneten. Uns eint der Wille, dem Lebensschutz und der Würde allen menschlichen Lebens bestmöglich gerecht zu werden. Im persönlichen Ringen kann dies aber zu unterschiedlichen Ergebnissen führen. Gerade unter Christen dürfen wir uns gegenseitig nicht den Respekt vor einer persönlichen Gewissensentscheidung absprechen.

gen geleiteten Bundesumweltministerium fungiert, einen Aufsatz von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble, den dieser vor fast zehn Jahren unter dem Titel

Bundesminister für Wirtschaft und Technologie lässt keine Zweifel daran, dass er einen Unterschied zwischen einer befruchteten Eizelle in einer Glasschale und



Sorge in Karlsruhe dafür, dass alles mit rechten Dingen zugeht: Angela Merkel.

»Vergesst die Mutter nicht« im Feuilleton der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« veröffentlicht hatte. Was Reiche freilich verschweigt, ist, dass Wolfgang Schäuble in eben jenem Beitrag vorschlägt, als Menschen nur noch denjenigen zu definieren, der auch von einer Mutter geboren wurde. Sie wisse nicht, sagt Reiche, die sich auf das Spiel mit den Emotionen der Delegierten bestens versteht, ob ein Verbot der PID »christlich« sei. Um gleich darauf hinterherzuschicken: »Für mich ist das unbarmherzig.«

Ähnlich emotional argumentieren im weiteren Verlauf der Debatte auch Peter Hintze, Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen und Bundesfamilienministerin Kristina Schröder, die in der Fraktion wegen ihres Rehblicks auch gerne »Bambi« genannt wird. Geschickt bringen sie immer wieder ins Spiel, dass der Embryo im Mutterleib weniger gut geschützt ist, als er es bei einem PID-Verbot im Reagenzglas wäre, verweisen auf die Spirale, die die Einnistung befruchteter Eizellen verhindert und hierzulande ebenfalls nicht verboten ist. Das unterschiedliche Schutzniveau und der daraus abgeleitete Wertungswiderspruch zeigt, dem Applaus nach zu urteilen, Wirkung und verschleiern, dass viele der PID-Befürworter, die in Karlsruhe das Wort ergreifen, in der befruchteten Eizelle keinen Menschen, sondern bloß einen Zellhaufen erblicken.

Ehrlicher ist da schon Peter Hintze. Der Parlamentarische Staatssekretär beim

dem im Mutterleib heranwachsenden Kind macht. In der »Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung« (Ausgabe vom 21. November) legt Hintze nach. »Die Auffassung, die Zygote in der Petrischale sei schon ein Mensch«, halte er, verrät der ehemalige protestantische Pfarrer, für einen »biologistischen Fehlschluss«. Wie aus der Zygote ein Mensch wird, erklärt er freilich nicht.

Die Redner, die für ein PID-Verbot werben, haben, obwohl sie fast dreimal so viele sind wie ihre Gegner, Mühe dagegen zu halten. Der Europaparlamentarier Peter Liese, promovierter Human genetiker, berichtet von Patienten, die er als Arzt täglich behandelt habe, darunter

**»Es gibt kein Recht auf ein
gesundes Kind, aber den Wunsch.«**

eine erfolgreiche Anwältin, die an Mukoviszidose leidet. Liese erklärt, dass sich weder die Ausprägung einer genetisch bedingten Krankheit noch das Leid, das diese bei den Betroffenen verursache, mittels PID vorhersagen lassen. Und er kritisiert, dass die Befürworter stets von »engen Grenzen« sprächen, aber noch keiner diese bisher definiert habe. »Ich möchte, dass einer sich hier an das Rednerpult stellt und sagt: Mukoviszidose: ja oder nein. Down-Syndrom: ja oder nein.

Dann wissen wir, woran wir sind.« Eine Forderung, der auch im weiteren Verlauf der Debatte keiner nachkommt, der für die Zulassung der PID wirbt.

Hubert Hüppe, Beauftragter der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen, bringt die »Lebenshilfe« ins Spiel. Der größte Verband, der sich für Menschen mit Behinderungen einsetzt, drängt seit langem auf ein gesetzliches Verbot der PID: »Das sind doch die Leute, die es wissen«, sagt Hüppe. Als einziger Redner präsentiert er den Delegierten Zahlen aktueller Studien, die das Ausmaß der gewaltigen Selektion verdeutlichen, die mit der PID in den Ländern verbunden sind, die sie bereits zugelassen haben. Danach kommen umgerechnet auf jedes nach Durchführung einer PID geborene Kind 32 getötete Embryonen. Dem Argument des Wertungswiderspruchs hält Hüppe entgegen: »Man darf nicht mit einem Übel, das man selbst geschaffen hat, werben, um ein weiteres Übel zuzulassen.«

Der Bundestagsabgeordnete Patrick Sensburg, der ein Verbot der PID im Gendiagnostikgesetz festschreiben will, informiert die Delegierten über die so genannte Polkörperchen-Diagnostik. Mit ihr ließen sich bereits heute rund 80 Prozent der Krankheiten, die mittels PID festgestellt werden, diagnostizieren. Und dies ohne, dass Embryonen verworfen würden. Der Grund: Bei der Polkörperchen-Diagnostik wird nicht der Embryo, sondern die Eizelle vor Abschluss der Befruchtung untersucht. Ein Verbot der PID würde auch die Fortentwicklung dieser Methode fördern, wirbt Sensburg. Auch die Spitzenkandidatin für die Landtagswahl in Rheinland-Pfalz im März 2011, Beck-Herausforderin Julia Klöckner, die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Staatsministerin Maria Böhmer, die Kirchenbeauftragte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Maria Flachsbarth, das geschäftsführende Vorstandsmitglied der IG-Metall Regina Görner und viele bitten die Delegierten in leidenschaftlichen Redebeiträgen, für ein Verbot der PID zu stimmen.

11.39 Uhr: Erstmals verlässt Angela Merkel an diesem Tag den Plenarsaal, nur um kurz darauf mit dem Bayerischen Ministerpräsidenten und CSU-Parteichef Horst Seehofer zurückzukehren. Parteitagspräsident, Baden-Württembergs Ministerpräsident Stefan Mappus, begrüßt Seehofer, der nur einen mäßigen Applaus erhält und verkündet, dass nun noch neun Redebeiträge ausstünden. Mappus, der sich gern als Konservativer feiern lässt, will ein Ende der Debatte herbeiführen

und fragt die Delegierten, ob sie sich nach der nun fast drei Stunden andauernden Diskussion in der Lage sähen, gemäß dem von der Antragskommission entwickelten Verfahren abzustimmen. Volker Kauder, der noch nicht gesprochen hat, erhebt Gegenrede. Der Parteitag entscheidet sich für die Fortführung der Debatte. Seehofer muss warten. Eine geschlagene Dreiviertelstunde sollte das dauern. Denn zunächst zeigt Unionsfraktionschef Volker Kauder in seiner Rede auf, wie die Zulassung der Abtreibung die medizinische Praxis verändert hat. Obwohl eine Behinderung per Gesetz kein Grund für eine Abtreibung sei, seien Ärzteverbände nach einigen Jahren an die Politik herangetreten, mit dem Wunsch, die Regelung der Spätabtreibung zu überarbeiten. Auch die PID habe das Potential, die »Praxis radikal zu verändern«. »Wir machen eine Tür auf und wissen nicht, was danach kommt«, gibt Kauder zu bedenken und mahnt: »Wenn wir nicht mit dem Leben experimentieren wollen, dann dürfen wir die PID heute nicht zulassen.«

Und obwohl am Schluss sowohl Saarlunds Ministerpräsident Peter Müller als auch Bundestagspräsident Norbert Lammert vehement dafür werben, dass die Delegierten an diesem Tag keinen Be-

schluss fassen, lehnen diese die von der Antragskommission favorisierte Variante mit einer überdeutlichen Mehrheit ab.



Hubert Hüppe, CDU

Sowohl Müller als auch Lammert sprechen sich in ihren Redebeiträgen zudem für einen Verzicht auf Strafe aus. Während sich Müller aber immerhin zu einem Verbot der PID bekennt, sagt Lammert: »Ich weiß noch nicht, wie ich am Ende des Gesetzesvorhabens abstimmen werde, weil ich noch gar nicht weiß, was zur Abstimmung stehen wird.« Und fügt dann an: Je länger er aber darüber nachdenke, desto eher tendiere er dafür, die PID begrenzt zuzulassen.

Als die Rednerliste »abgearbeitet« ist, lässt Mappus Stimmzettel verteilen und anschließend wieder einsammeln. Noch während der Rede Seehofers sickert das Ergebnis durch. Mit der Stimmauszählung betraute Delegierte informieren Journalisten per SMS. Danach entfielen von den 814 abgegebenen Stimmen 408 Stimmen auf ein PID-Verbot. 391 Delegierte stimmten für eine nicht näher definierte begrenzte Zulassung der PID. 15 enthielten sich. Weil die Parteitagsregie ungültige Stimmen und Enthaltungen jedoch stets herausrechnet, entfallen auf das PID-Verbot am Ende 51,06 Prozent und für die begrenzte Zulassung 48,94 Prozent. Als nach Seehofers Rede das Ergebnis der Abstimmung dann auch dem Saal offiziell verkündet wird und klar ist, dass sich der Parteitag mehrheitlich knapp für ein PID-Verbot ausgesprochen hat, sehen die Delegierten eine strahlende und applaudierende Parteichefin. Angela Merkel ist über das Votum des Parteitags glücklich.

Gewonnen ist damit in der Sache freilich nicht viel. Denn nicht der CDU-Parteitag entscheidet, ob es in Deutsch-

land ein gesetzliches Verbot der PID geben wird. Das kann nur der Deutsche Bundestag. Und dessen Abgeordnete sind



Katharina Reiche, CDU

nur ihrem Gewissen verpflichtet. Wie immer, wenn bioethische Fragen zur Entscheidung anstehen, wird dann auch der Fraktionszwang aufgehoben sein. Was bleibt, ist die dürre Erkenntnis, dass der Schutz menschlichen Lebens in einer sehr speziellen Frage nach vielen Jahren in der CDU erstmals wieder mehrheitsfähig ist. Warum – ob aus Einsicht in den Sachverhalt, aus Treue zum eigenen Grundsatzprogramm oder aber aus purer Taktik – wird, weil niemand die Gedanken der Delegierten noch die der Kanzlerin und CDU-Parteivorsitzenden lesen kann, wohl ein Geheimnis bleiben.

Hinten, in der letzten Reihe des Saals, sitzt Pater Stefan und beobachtet das Treiben. Die komplette Debatte hat das Mitglied der »Brüder vom gemeinsamen Leben«, die einen nahe Karlsruhe gelegenen Wallfahrtsort betreuen, Rosenkranz betend begleitet. Haften geblieben sei ihm vor allem das Bild von der »Offenen Tür«, sagt der Priester, der als solcher auch an seinem römischen Kragen zu erkennen ist. Was eine Parteitagsdelegierte jedoch nicht davon abhielt, ihn wegen der Rosenkranzperlen, die durch seine Finger glitten, mit einem Muslim zu verwechseln. Dafür, dass sich der CDU-Parteitag mehrheitlich für ein PID-Verbot ausgesprochen hat, sei er »dankbar«, sagt Pater Stefan, der sich sicher ist, dass dies »auch ein Stück weit das Verdienst von Angela Merkel ist«. »Offene Türen«, fährt er fort, müsse man dann »durchschreiten, wenn der Weg zu Gott führt«. »Wenn es aber zieht«, dann müsse man »die Tür bloß schließen«.

INFO

CDU-Grundsatzprogramm

Auszug: »Die Würde des Menschen schützen – Vom Beginn bis zum Ende des Lebens«

Die unantastbare Würde des Menschen als Geschöpf Gottes ist menschlicher Verfügung nicht zugänglich und ist zu schützen. Der Mensch ist immer Subjekt, er darf niemals Objekt sein. Die Würde des Menschen ist auch für die Bewertung bioethischer Herausforderungen Ausgangs- und Orientierungspunkt. Sie erfordert Achtung und Schutz des menschlichen Lebens in allen Phasen. Das noch nicht geborene Leben bedarf beginnend mit der Verschmelzung von Samen und Eizelle unseres besonderen Schutzes und unseres kritischen Umgangs mit den sich weiter entwickelnden Möglichkeiten der Pränataldiagnostik. Wir treten für ein Verbot der Präimplantationsdiagnostik (PID) ein. Mit den hohen Abtreibungszahlen, die sich auch aus Spätabtreibungen ergeben, finden wir uns nicht ab. Wir müssen Frauen und Männern dabei helfen, sich für das Leben zu entscheiden.